Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1530
Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 12. **Donnerstag, 15. Januar 1925, abends.** **78. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt **erscheint jeden Tag** abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8 mm breite, 44 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige, die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". – Im Falle höherer Gewalt – Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 59.**
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Das Kabinett Luther gesichert?

Berlin, 15. Januar. Wie wir erfahren, hat sich das **Zentrum** nunmehr dahin entschieden, einem **Kabinett Luther** ein Vertrauensvotum auf Grund des Artikels 54 der Reichsverfassung nicht zu versagen. Damit ist eine der Hauptschwierigkeiten, die der Kabinettsbildung bisher noch im Wege standen, beseitigt. In bestunterrichteten parlamentarischen Kreisen wurde der fast an Sicherheit grenzenden Erwartung Ausdruck gegeben, daß das Kabinett nunmehr in kürzester Frist zustandekommen wird, da es sich im wesentlichen nur noch um nebensächliche Personenfragen dreht. Der umstrittene Posten des Reichsministers des Innern wird den Deutschnationalen zufallen, doch wird das Amt des Vizekanzlers in Wegfall kommen und der künftige Minister des Innern nicht gleichzeitig Vizekanzler sein. Falls nicht noch Unvorhergesehenes eintritt, dürfte das **neue Kabinett am Freitag mit der Regierungserklärung vor den Reichstag** treten.

Das Programm der neuen Regierung.

Die **Regierung Luther** ist nunmehr **gesichert**. Der **neue** Kanzler gilt in den maßgebenden parlamentarischen Kreisen als eine Persönlichkeit, die durch ihre Einstellung zu den wichtigsten politischen Fragen über die einzelnen Parteien hinausragt und die auseinanderstrebenden Kräfte durch ausgleichende Vermittlung zusammen zu halten bestrebt sein wird. Selbst in den Kreisen des Zentrums, das bekanntlich über das Scheitern der Mission Dr. Marx starke Verstimmung zeigt, findet der neue Kanzler rückhaltloses Vertrauen. Seine Politik wird also in erster Linie darauf gerichtet sein, die hinter ihm stehenden bürgerlichen Parteigruppen auf möglichst starker Grundlage auf einem einheitlichen Regierungsprogramm zusammenzuführen.

Bei der **Abfassung der Programmerklärung** des neuen Kabinetts wird es zu einem Kompromiß zwischen dem Zentrum und den Deutschnationalen kommen müssen, da namentlich die innere Politik noch sehr viele Konfliktstoffe in sich bergen wird, denn die Linke sieht in der neuen Regierung ein Kampfkabinett, das ausschließlich den Interessen der Bürgerblockparteien dienen werde. Wie wir hören, haben die Führer des Zentrums dem neuen Kanzler ausdrücklich erklärt, daß der innere Friede nicht durch diesen Kurs der Regierung gefährdet werden dürfe, und daß das Zentrum eine rechtsorientierte Innenpolitik konsequent ablehnen werde. Auf der anderen Seite dürften auch **zwischen den Deutschnationalen und Dr. Luther gewisse Vereinbarungen** zustande gekommen sein, durch die der innerpolitische Kurs wesentlich beeinflußt wird. In der zu erwartenden Programmerklärung vor dem Reichstag wird Dr. Luther ausdrücklich hervorheben, daß seine Regierung das Bestreben habe, den inneren Frieden zu wahren und die sozialen Gegensätze auszugleichen. Wir glauben zu wissen, daß diese Kundgebung den Kernpunkt der Antrittsrede des neuen Kanzlers bilden wird, der voraussichtlich noch am Freitag mit seinem neu gebildeten Kabinett vor den Reichstag hintreten wird.

In der **auswärtigen Politik** wird die Haltung der neuen Regierung zunächst durch die in der Frage der **Räumung der besetzten nördlichen Rheinlandzone** geschaffene Lage diktiert sein. Wenn auch kein Zweifel darin besteht, daß die Londoner Vereinbarungen aufrecht erhalten und ausdrücklich anerkannt werden, so ist doch jetzt eine Situation eingetreten, die eine stärkere Betonung des deutschen Standpunktes in der Räumungsfrage erforderlich macht, und die das neue Kabinett dazu zwingen dürfte, die schon auf der Londoner Konferenz durch das Kabinett Marx-Stresemann zum Ausdruck gebrachten Vorbehalte nochmals zu bekräftigen. Auch in der **Kriegsschuldfrage** wird der Außenminister **Dr. Stresemann** neue Erklärungen abgeben müssen.

In den maßgebenden Kreisen des Zentrums erklärt man, daß das Programm der neuen Regierung die Möglichkeit eines Zusammenarbeitens mit der Regierung Luther gewährleiste. In der Hauptsache wird es aber darauf ankommen, ob die deutschnationale Partei ihren Einfluß auf die Regierung dazu benutzen werde, um ihre innenpolitische Machtposition zu stärken. In einem solchen Falle wäre es kaum zu vermeiden, daß es sehr bald wieder zu einer neuen Krise kommt. Die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen müßten sich jedenfalls darüber klar sein, daß das Zentrum für eine innenpolitische Kampfpolitik nicht zu haben sein wird.

Die außenpolitische Lage.

Berlin, 15. Januar. Wie wir aus den Kreisen des Auswärtigen Amtes erfahren, wird sich die **Entscheidung über die Räumung der nördlichen Rheinlandzone** und über die **Militärkontrollfrage** voraussichtlich noch um mindestens **drei bis vier Wochen verzögern.** Da die deutsche Regierung vor dem Eintreffen der weiteren Mitteilungen der Botschafterkonferenz kaum irgendwelche neuen Schritte unternehmen kann, so besteht gegenwärtig der unerträgliche Zustand, daß die alliierten Regierungen es in der Hand haben, eine abwartende Haltung einzunehmen und auf Deutschland einen starken Druck auszuüben. Der Bericht der interalliierten Militärkontrollkommission, der jetzt in diesen Tagen den alliierten Regierungen überreicht werden sollte, hat sich abermals verzögert. Die neue Regierung werde daher eine überaus komplizierte außenpolitische Lage vorfinden, die nicht eher geklärt werden kann, bis die Möglichkeit zu direkten Verhandlungen geschaffen worden ist. Die Aussichten auf Verhandlungen sind aber z. Zt. außerordentlich ungünstig, da weder Frankreich noch England z. Zt. irgendwelche Neigung zeigen, in einen Meinungsaustausch mit der deutschen Regierung einzutreten.

Das neue Reichskabinett

dürfte sich folgendermaßen zusammensetzen:

Reichskanzler: Dr. Luther
Aeußeres: Dr. Stresemann (D. Vp.)
Inneres: Schiele (Dn.)
Finanzen: Sämisch (D. Vp.)
Wirtschaft: Ministerialrat a. D. Neuhaus (Dn.)
Arbeit: Dr. Brauns (Ztr.)
Justiz und besetzte Gebiete: Oberlandesgerichtspräsident Schollem-Düsseldorf (Ztr.)
Wehrmacht: Dr. Geßler
Reichspost: Stingl (Bayr. Vp.)
Ernährung und Landwirtschaft: Graf Kanitz.

Für das **Verkehrsministerium** wird noch kein Anwärter genannt.

Die Regierung kann unbedingt auf die Unterstützung der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Bayrischen Volkspartei rechnen. Ueber die **Haltung des Zentrums** schreibt die „Germania", das Zentrum stehe der neuen Regierung in völliger Freiheit gegenüber. Zu der Entsendung von Dr. Brauns als Vertrauensmann in das Kabinett habe es sich nur deshalb entschlossen, um die Bemühungen Dr. Luthers nicht auch zum Scheitern zu bringen. Die neue Regierung müsse sich darüber klar sein, daß sie vom Zentrum nur nach ihren Taten beurteilt und behandelt werden wird. Die **Demokraten** werden einen Vertrauens- oder Billigungsantrag nicht unterstützen, da sie sich durch die Beteiligung Dr. Geßlers in keiner Weise gebunden fühlen. Die „Vossische Zeitung" spricht sogar von einer scharfen Opposition der Demokraten. Zur **Stellung der Sozialdemokraten** bemerkt der „Vorwärts", es frage sich nicht, **ob** das Kabinett Luther bekämpft werden sollte, sondern nur, **wie** der Kampf am wirkungsvollsten zu führen sei.

•

Der amtliche Bericht über die Versuche der Regierungsbildung.

* Berlin. Die gestrigen informatorischen **Besprechungen des Reichsministers Dr. Luther** mit den Fraktionsvertretern haben zu einer **grundsätzlichen Klarheit über die neu zu bildende Regierung** gemäß den bereits bekannt gegebenen Plänen Dr. Luthers (Vertrauens- und Fachminister) und über die Personenfrage geführt. Dagegen sind die Erörterungen innerhalb der Fraktionen über die Form und Art, in der der Regierung die Zustimmung ausgesprochen werden soll, noch nicht in allen Fraktionen abgeschlossen. Von der Erledigung dieser Frage, die heute Donnerstag vormittag zu erwarten war, hängt die Bildung der beabsichtigten Mehrheitsregierung ab. Bei dieser Sachlage hat **Reichsminister Dr. Luther** dem Reichspräsidenten in später Abendstunde berichtet, daß seine informatorische Aufgabe abgeschlossen sei und daß er **bereit sei, die Bildung der Mehrheitsregierung zu übernehmen,** sobald die erforderlichen Fraktionsbeschlüsse vorliegen. Der deutschdemokratischen Fraktion hat Dr. Luther nochmals die Beteiligung an der Regierung angeboten. Der Vorsitzende, Abg. Dr. Koch, hat dem Minister vorbehaltlich der Stellungnahme der Fraktion geantwortet, daß trotz ernster Bedenken die Fraktion bereit sei, eine abwartende Stellung einzunehmen.

Deutscher Reichstag.

vdz. Berlin, den 14. Januar 1925.

Die Regierungstische sind leer.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 4 Uhr 20 Min. und gedenkt des **furchtbaren Eisenbahnunglücks in Herne.** Er führte aus: Ueber zwanzig unserer Landsleute sind dabei getötet worden. Eine weitere größere Anzahl hat schweren Schaden an Gesundheit erlitten. In einem Bezirk, der in den letzten Jahren so unendlich viel getragen hat und auch viele Menschenopfer gebracht hat, ist schweres Unglück über viele Familien gekommen. Mit der Bevölkerung des betroffenen Landesteiles steht der Deutsche Reichstag in tiefer Trauer an der Bahre der Getöteten und spricht den Angehörigen und Verletzten seine herzliche Teilnahme aus.

Der Präsident verliest dann die amtliche Mitteilung von der **Enthebung des bisherigen Reichspostminister Hoefle** von seinem Posten.

Anträge auf **Einstellung von Strafverfahren** gegen den Abg. **Schulz**-Königsberg (Soz.) und **Henning** (Nat.-Soz.), sowie auf Einstellung des Disziplinarverfahrens gegen den Abgeordneten **Berndt** (dnat.) werden dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen, ebenso ein Antrag des Abg. v. **Rheinbaben** (DVP.) wonach kleine Anfragen aus dem Gebiet der auswärtigen Politik von der Reichsregierung binnen 14 Tagen wieder mündlich beantwortet werden können. — Einstimmig angenommen wird ein Antrag Dr. **Schücking** (Demokr.), der von allen Parteien unterstützt wird. Es handelt sich hier um den Ausschuß zur **Untersuchung der Kriegsursachen,** der zur Beendigung seiner Arbeiten wieder eingesetzt werden soll.

Auf der Tagesordnung stehen dann Anträge aller Parteien über die **Erwerbslosenfürsorge.** Auf eine Begründung wird von den Parteien verzichtet, da noch keine verhandlungsfähige Regierung vorhanden ist. In der Erörterung erhält das Wort Abg. **Schlecht** (Kom.), der den anderen Parteien vorwirft, daß über den Regierungsklubhandel die Interessen des werktätigen Volkes vernachlässigt werden.

Abg. **Brey** (Soz.) erklärt, die schleunige Erledigung dieser wichtigen Anträge dürfe nicht verzögert werden. Man könne nicht kritisieren in einem Augenblick, wo es keine verantwortliche Regierung gäbe.

Sämtliche Anträge werden den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Das Haus vertagt sich.

Donnerstag 4 Uhr: Anträge aus dem Hause über Beamten-, Mittelstands-, Aufwertungs- und andere Fragen.

Abg. **Dr. Frick** (Nat.-Soz.) beantragt, am Donnerstag in eine politische Aussprache einzutreten.

Präsident Loebe erklärt dazu, daß er dem Herrn, der jetzt die meiste Aussicht habe, eine Regierung zu bilden, mitgeteilt habe, daß eine **Regierungserklärung frühestens am Freitag** abgegeben werden könne.

Schluß ¾5 Uhr.

•

Nach der Vollsitzung des Reichstags haben sich gestern verschiedene Reichstagsausschüsse konstituiert. Der **Untersuchungsausschuß für die Barmatkredite** wählte den Abgeordneten Sänger (Soz.) zum Vorsitzenden und den Abg. Bruhn zum stellvertretenden Vorsitzenden. Im **Ausschuß für Aufwertungsfragen** wurde Abg. Steiniger (Dnat.) zum Vorsitzenden, Abg. Keil (Soz.) zum stellvertretenden Vorsitzenden, im **Ausschuß für Kriegsbeschädigtenfragen** Abg. Krüger (Soz.), zum Vorsitzenden und Abg. Budjuhn (Dnat.) zum stellvertretenden Vorsitzenden, im **Ausschuß für die besetzten Gebiete** Abg. Bayersdörfers (Bayr. Volksp.) zum Vorsitzenden und Dr. Jörissen (Wirtschaftl. Vereinigung) zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung

nahm am Mittwoch zu der bevorstehenden Bildung eines Kabinetts Luther Stellung. Es wurde beschlossen, diesem Kabinett gegenüber wohlwollende Neutralität zu bewahren und es zu unterstützen, solange die Interessen des Mittelstandes durch die neue Regierung gewahrt werden. Eine Beteiligung der Wirtschaftlichen Vereinigung an der Regierung kommt nicht in Frage.

Ein Platzstreit im Reichstag.

Der Vorstand des Reichstags hat sich am Mittwoch mit einer Meinungsverschiedenheit zwischen der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Fraktion über die Platzverteilung im Plenarsitzungssaal beschäftigt. Nach einer Vereinbarung zwischen den Abg. Dittmann (Soz.) und Eichhorn (Komm.) hat die kommunistische Fraktion in den beiden vordersten Reihen des Platzabschnitts auf der äußersten Linken keine Plätze bekommen. Die Kommunisten wünschen nun aber schon auf der ersten Reihe Plätze zu erhalten. Der Vorstand hat die Meinungsverschiedenheit im Sinne der Vereinbarung zwischen Dittmann und Eichhorn entschieden, sodaß es also bei der bisher festgesetzten Platzverteilung verbleibt.

Brauns Rumpfkabinett.

Aus dem preußischen Landtag.

Der sonst so stille Parlamentssaal in der Prinz-Albrechtstraße, auf dessen Tribüne sich nur selten mehr als ein Dutzend Zuhörer verirrt, bot am Mittwoch das Bild eines großen Tages. Die Ränge waren überfüllt, die Parkettsitze fast alle belegt; einige Lücken zeigten sich auf der Rechten, was zum Schluß bedeutsame Konsequenzen hatte. Als der neue, etwas schwer verständliche Präsident Bartels begann, eine trockene Beileidskundgebung zum Herner Eisenbahnunglück zu verlesen, da war auf einmal auch das Rumpfkabinett unter Herrn Brauns Führung zur Stelle. Recht dürftig machten sich die sechs Männer auf der Regierungsbank, und Herr Brauns in seiner gebeugten Größe sah auch nicht so aus, als ob er die von ihm schnell hinuntergeschluckten Ministerien des Kultus und der Finanzen gut verdauen könnte. — Im Hause herrschte eigentlich weniger eine feindliche als eine gehobene Festtagsstimmung. Der Verzicht der Kommunistin Ruth Fischer auf ihr Landtagsmandat wurde beklatscht, der Antrag des Geschäftsordnungsausschusses auf Freilassung von drei Kommunisten aus der Haft fand keinen Widerspruch, und Herr Leinert, der ehemalige Präsident des Hauses, durfte als Berichterstatter des Ausschusses den Antrag empfehlen, ohne daß jemand ihn nach seiner Pension fragte.

Nun erhielt **Ministerpräsident Braun** das Wort. Sofort erhoben sich die Deutschnationalen und verließen unter dem Geschrei der Linken den Saal — die Volksparteiler aber blieben diesmal sitzen, und auch Herr Wulle wollte sich das Vergnügen nicht entgehen lassen. Die Rede Brauns war ein in der Form nicht ungeschicktes Plaidoyer für die bisherige Politik der großen Koalition, womit er offenbar der Volkspartei den Uebergang zur Opposition möglichst erschweren wollte. Die Linke zeigte viel Freude an diesen Bemühungen, und die Kommunisten unterstützten sie durch lärmende und höhnende Unterbrechungen. Nichts Besseres konnte Herrn Braun passieren als diese laute Feindschaft der Linksradikalen. In der Frage, ob nach der preußischen Verfassung das Kabinett nach Neuwahlen demissionieren müsse, berief sich der Redner auf ein Gutachten des Justizministeriums, das die Frage verneint. Es ist aber doch ein großer Unterschied, ob eine Verfassung einen solchen Schritt zwingend vorschreibt oder ob sie ihn zuläßt und sinngemäß fordert. Dies ist eine Auslegungsfrage, in der sich die Meinungen diametral gegenüberstehen.

Nach Schluß der Rede überraschte der kleine Regierungsblock das Haus mit einem **Vertagungsantrag.** Ein Hammelsprung zeigte, daß die Opposition nicht auf dem Posten war. **Die Vertagung bis Freitag wurde beschlossen.**

SLUB
Wir führen Wissen.